

V0300/24

**Job-Turbo für Ukrainer in Ingolstadt zünden**  
**Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 07.03.2024**  
**Stellungnahme der Verwaltung**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Antrag:**

1. Das Jobcenter hat im Sommer 2024 bereits eine Job-Messe und weitere Aktionen zur Integration Geflüchteter durchgeführt, die bekannt gegeben werden.
2. Im Hinblick auf die vielfältig vorhandenen Online-Stellenbörsen halten das Wirtschafts- und das Sozialreferat den Aufbau einer weiteren Online-Plattform nicht für zielführend.
3. Über die Zusammenarbeit des Jobcenters mit den Beteiligten des Arbeitsmarktes im Beirat, die Kooperation mit den Bildungsträgern und die zum 1.1.2025 in Kraft tretenden Rechtsänderungen im Bereich der Zuständigkeit für die Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Reha-Förderung wird informiert.
4. Über die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten für Arbeitgeber durch die Taskforce FKS+ und das Arbeitgeberteam des Jobcenters wird informiert. In der nächsten Beiratssitzung des Jobcenters sollen eventuelle Kooperationsmöglichkeiten erörtert werden.
5. Nach Auskunft der Leiterin des Berufsbildungszentrums des Klinikums kann aus Kapazitätsgründen kein „Sonderjahrgang“ im Bereich der Pflegehelferausbildung etabliert werden.
6. Im Hinblick auf die durch die Verwaltung geplante Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG wird auf die Stellungnahme der Verwaltung (V0384/24) zum Antrag V0193/24 verwiesen.
7. Die Maßnahmen des Jobcenters zum möglichst vollständigen Einsatz der zugeteilten arbeitsmarktpolitischen Fördermittel des Bundes werden bekannt gegeben.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	04.07.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	23.07.2024	Bekanntgabe

## **Stadtrat vom 23.07.2024**

*Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0212/24 und der Antrag der Verwaltung V0300/24 werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Ettinger wirbt für den Antrag seiner Ausschussgemeinschaft und verweist auf dessen Notwendigkeit. Nach seinen Worten sehe die IHK den Mangel nicht nur an Fachkräften, sondern inzwischen überhaupt an Arbeitskräften als einen sehr großen Hemmschuh für die Wirtschaft. Dies bedeutet, dass man aktuell jeden brauche. Stadtrat Ettinger verweist auf die Statistik der Integration von ukrainischen Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Hier sei Dänemark mit 78 Prozent Spitzenreiter und Deutschland sei mit 19 Prozent Schlusslicht.

Durch diverse Solidaritätsbekundungen im öffentlichen Raum sei der Einsatz für die Ukraine ersichtlich, so Stadtrat Dr. Meyer. Fakt sei aber, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Fluchtmigration auch von der Arbeitsmarktintegration abhängig sei. Diese müsse nach seinen Worten deutlich verbessert werden. Der bisherige Ansatz, die Leute in Arbeit zu bringen, sei typisch deutsch gewesen, denn vor der Arbeitsmarktintegration habe man auf einen vorgeschalteten Spracherwerb, eine Weiterbildung und eine Qualifizierung gesetzt. Die Folge dessen sei nicht nur eine unbefriedigende Integrationsquote, sondern auch eine mangelnde Abschlussquote der Sprachkurse. Der konkrete Anlass für diesen Antrag sei die Erkenntnis der Bundesregierung, dass dieses Vorgehen falsch sei. An Bürgermeisterin Kleine gewandt, sagt er, der Titel des Antrags sei keine Unterstellung, dass die Verwaltung im Schnecken-Tempo arbeite. Der Begriff „Job-Turbo“ stamme von der Ampelregierung, die selbst erkannt habe, dass das System umgestellt werden müsse. Integration beginne nicht erst nach dem Spracherwerb und der Weiterbildung. Dies müsse gemeinsam gesehen werden. Bei Betrachtung der Beschlussvorlage sei ersichtlich, dass einige Anregungen aufgenommen, aber andere auch abmoderiert worden seien. Aus dem Eingliederungsbericht gehe wenig hervor, denn da gab es noch keinen Job-Turbo. Aber es sei ersichtlich, dass die Zahl der SGB II Leistungsberechtigten auf einem sehr hohen Plateau, sei von dem man runterkommen müsse. Insofern stellt Stadtrat Dr. Meyer den Antrag, dass das Jobcenter im nächsten Sozialausschuss über die Ergebnisse der Jobmesse und zum Nutzen der Arbeitsgelegenheiten berichte. Hierzu habe auch die CSU-Stadtratsfraktion bereits einen Antrag gestellt.

Herr Fischer merkt an, dass Stadtrat Ettinger die europaweiten Durchschnittszahlen genannt habe. Ihm sei eine Betrachtung der Ingolstädter Zahlen wichtig. Er informiert, dass diese bereits im Sozialausschuss diskutiert worden seien. Derzeit lägen die Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit mit Stand Dezember 2023 vor. Am Arbeitsort Ingolstadt seien rund 500 Ukrainer und Ukrainerinnen am ersten Arbeitsmarkt in Beschäftigung. Davon seien 400 sozialversicherungspflichtig und 82 davon in einem Minijob beschäftigt. Herr Fischer sagt, dass sich seit dem Jahr 2023 einiges getan habe und der Aufbau im Jahr 2024 weiter gehe. Der Bereich, in dem Ukrainer noch immer auf Bürgergeld angewiesen seien, dürfe nicht ignoriert werden. Aber dies bedeute nicht, dass man arbeitslos oder untätig sei. Alleine von den Ukrainern und Ukrainerinnen, die derzeit noch im Bürgergeldbezug seien, sind bereits 100 am ersten Arbeitsmarkt erwerbstätig. Davon sind 50 Prozent sozialversicherungspflichtig und 50 Prozent in Minijobs. Wenn diese ergänzend Bürgergeld beziehen, liege es daran, dass es sich um Alleinerziehende handelt, die in Mini- oder in Teilzeitjobs arbeiten. Herr Fischer habe bereits im Sozialausschuss darauf hingewiesen, dass die Zahlen schon aktueller seien und im Vergleich zu den noch vorläufigen Zahlen von 2023 bis Juni 2024 ein Rückgang der Ukrainer, die Bürgergeld in Ingolstadt beziehen, um fünf Prozent zu verzeichnen sei. Besonders erfreulich sei der Rückgang von neun Prozent bei den Frauen. Bei Betrachtung der Integrationsquoten betont Herr Fischer, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen könne. Als Integration zähle nach der seit rund 20 Jahren bestehenden Definition der Arbeitsagenturen und Jobcenter nur eine Integration in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Ausbildung oder die

Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit. Die Aufnahme eines Minijobs am ersten Arbeitsmarkt zähle hingegen nach dieser Erfolgsbeobachtung nicht als Integration in Arbeit. In anderen Ländern sei es so, dass die Messung ganz anders erfolge, denn dort werde bereits die erste Arbeitsstunde als Integration in Arbeit betrachtet. Weil man mit anderen Strategien gearbeitet habe, glaube Herr Fischer nicht, dass man dann auf dem gleichen Niveau die Spitzenreiter sei. Aber er betont, dass man hier aufpassen müsse, welche Zahlen man miteinander vergleiche. Im Hinblick auf die kurze Frist regt er an, über die Auswertung des Job-Turbos in der zweiten Sitzung nach der Sommerpause zu berichten. Herr Fischer sichert eine umfangreiche Berichterstattung über die Daten und Zahlen sowohl zum Thema Job-Turbo Ukraine als auch über die ausländischen Beschäftigten, die einen wichtigen Beitrag für den Ingolstädter Arbeitsmarkt leisten, zu.

Den Stadtratsmitgliedern wird die Stellungnahme der Verwaltung **V0300/24** bekanntgegeben.